Datum:	19. März 2013
Medium:	Kleine Zeitung
Thema:	Pflegeregress wird beendet

Pflegeregress wird beendet

Ein gutes Stück vorangekommen sind am Dienstag SPÖ, ÖVP und Grüne bei ihren Koalitionsverhandlungen. Die Sozialdemokraten haben ihre Forderung, den Pflegeregress wieder abzuschaffen, durchgesetzt.

Foto © KLZ/Weichselbraun

Für SPÖ-Chef Peter Kaiser war das eine Koalitionsbedingung. Der ÖVP, die sich zunächst dagegen gewehrt hatte, wurde zugesichert, dass man in Zukunft die "Pflege zu Hause" mit mehr öffentlichen Mitteln unterstützen werde. Details waren am Dienstag noch nicht zu erfahren, sie werden noch verhandelt.

Von ÖVP-Seite wurde der *Kleinen Zeitung* das Aus für das einkommensabhängige Dazuzahlen von Angehörigen für Eltern im Pflegeheim bestätigt. "Der Pflegeregress ist kein Zukunftsthema, an dem eine Zusammenarbeit scheitern soll. Für Betroffene ist es ein wichtiges Thema, es ist aber nicht entscheidend für die Entwicklung des Landes", hieß es von der Sprecherin von ÖVP-Chefverhandler Wolfgang Waldner. Der Pflegeregress wurde erst im Sommer 2012 von der damaligen FPK-ÖVP-Koalition eingeführt. Die Grünen waren stets dagegen, sprachen von einer "sozialpolitischen Schande".

Knackpunkt Wirtschaftsressort

Als letzte Hürde vor einer Koalitionseinigung gilt jetzt der Umfang des von der ÖVP für ihren Landesrat Waldner geforderten Wirtschaftsreferates. ÖVP-Chef Gabriel Obernosterer hatte schon am Montag im Gespräch mit der Kleinen Zeitung geklagt, dass man seine Partei mit einem reduzierten Ressort abspeisen wolle. Aus SPÖ-Kreisen verlautete am Dienstag, die ÖVP wolle "drei Mal so viel wie ihr aufgrund des Wahlergebnisses zusteht".

Obernosterer kündigte am Dienstag an, dass man heute, Mittwoch, weiter über die "Wirtschafts-Agenden" verhandeln werde. Der ÖVP-Chef glaubt aber nicht an ein Scheitern: "Der Fahrplan wird eingehalten." Die SPÖ drängt auf Einsparungen in den Partei- und Regierungsbüros, so wird etwa der Personalstand im SPÖ-Klub um ein Drittel gekürzt. Außerdem steht eine fünfprozentige Kürzung der Parteienförderung auf der Agenda. Dafür soll es aber weitgehend Einigkeit geben. Donnerstag findet die Vorbereitung für die konstituierende Landtagssitzung für 28. März statt.